

Reaktion, Verlag und Druck,
von H. Grafmann, Kirchplatz Nr. 3.
Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn vierteljährlich 1 Thlr. 7½ Sgr.,
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen vierteljährlich 1 Thlr. 5 Sgr.

N. 124. Abendblatt. Freitag, den 13. März 1868.

Deutschland.

Berlin, 12. März. Eine telegraphische Depesche meldet, daß der österreichische Bevollmächtigte bei der ungarischen Delegation, Hofrath Falck, erklärt habe, Oesterreich habe von Seiten Preußens kein Zeichen einer Annäherung wahrgenommen. Diese Mittheilung erregt hier Aufmerksamkeit und berechtigt zu der Annahme, daß Herr Hofrath Falck das rothe Buch nicht gelesen haben mag, aus dem deutlich hervorgeht, daß preußischerseits durch die Erklärung des Grafen Bismarck zu dem österreichischen Gesandten, wie durch die des Fürsten v. Werther und des Grafen Tauffkirchen in Wien Vorschläge zum Abschluß einer Allianz gemacht worden sind. Die ungarischen Mitglieder der Delegation werden sich durch die Einsicht des rothen Buches überzeugen können, daß bestimmte Anzeichen zu einer preussischen Annäherung vorhanden sind, Herr Hofrath Falck müßte denn voraussetzen, daß die Ungarn nicht so viel Deutsch verständen, um sich diese Ueberzeugung verschaffen zu können. — Die hiesige „Bl.-u. Hbl.-Ztg.“ bemüht sich, Beweise beizubringen, daß die rumänische Regierung mit dem Plan, sich unabhängig zu erklären, umgehe und bezieht sich dabei auf zwei in Bukarest erscheinende Blätter, „Romanul“ und „Terra“, von welchen das Erstere u. A. die Bewaffnung des ganzen Landes fordert, ohne indessen offizielles oder offizielles Organ zu sein. Es scheint, daß, nachdem man mit der Banden-Agitation kein Glück gemacht hat, jetzt die Allianz-Agitation an die Reihe kommen soll. Es wird nämlich behauptet, Rumänien habe mit Rußland eine Allianz abgeschlossen, die den Zweck habe, die Türkei und andere Mächte in die Schranken zu forciren. Da aber die Türken eher über die Donau als die Russen über den Pruth kommen würden, so würde bei der praktischen Verwirklichung der Allianz von Rumänien schwerlich mehr als ein leerer Raum übrig bleiben. Vor Kurzem wurde der Fürst Karl durch Wiener Nachrichten auch beschuldigt, daß er mit der Annexion aller südslavischen Völkerschaften umgehe, die aber bekanntlich eine ganz andere Sprache reden, als die Rumänen, so daß sich beide Völkerschaften gar nicht verstehen würden. Da diese Zeitungsnachrichten offenbar den Zweck haben, eine Intervention der Türkei in Rumänien herbeizuführen, zu der von Seiten der rumänischen Regierung und der thatsächlichen Verhältnisse keine Veranlassung gegeben ist, und da die beschuldigte Agitation gegen Rumänien vorzugsweise in österreichischen Blättern betrieben wird, so muß man sich fragen, wie ein preussisches Blatt, die „Bank- und Handels-Ztg.“ dazu kommt, dieser Agitation, die einen österreichischen Ursprung hat, Vorschub zu leisten und Blättern eine Bedeutung beizulegen, die im Dienst des vertriebenen Fürsten Kusa stehen und durch Intriguen und Lügen auf den Umsturz der bestehenden Ordnung der Dinge in Rumänien hinarbeiten. Fürst Karl wird übrigens durch diese Agitation in die Nothwendigkeit versetzt, sein kleines Heer in die notwendige Organisirung zu versetzen, um den Intriguen des Fürsten Kusa mit Nachdruck begegnen zu können. — Aus dem Inhalte des zwischen dem Zollverein und Oesterreich abgeschlossenen Zoll- und Handelsvertrags geht hervor, daß durch denselben eine durchgreifende Erleichterung in allen Theilen des Verkehrs herbeigeführt ist und daß namentlich alle Theile des Tarifs zu Gunsten der Verkehrs-erleichterung Veränderungen erfahren haben. Es versteht sich von selbst, daß der Vertrag nicht allen Wünschen auf beiden Seiten entsprechen kann, aber das Gesamtergebniß desselben wird die Belebung des Verkehrs und die Beschäftigung vieler Hände sein. Am meisten wird die Provinz Schlesien Grund haben, über den Vertrag und die Bestimmungen desselben befriedigt zu sein. — Unter den Organen, welche seit der letzten vermeintlichen Krise mit Angriffen gegen den Minister des Innern vorgegangen sind, steht die Magdeburgerische Zeitung oben an. Dieselbe muß besondere Inspirationen von irgend welcher Seite folgen. Im Allgemeinen sind die fortgesetzten Angriffe dieser Zeitung zu schwach, als daß sie ein Wort der Erwiderung verdienen. Es zeigt sich dies neuerdings auch bei Gelegenheit des Besuchs des Ministers des Innern in Ostpreußen. Die Reise soll nach diesem Blatte gegen die früheren Ansichten des Ministers erfolgt, da er dieselbe im Abgeordnetenhaus als unnötig hingestellt habe, und jetzt überhaupt zwecklos sein, wo die Dinge mit Hilfe des Abgeordnetenhauses ihren geregelten Gang genommen haben. Diesen oberflächlichen Bemerkungen gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die Anwesenheit des Ministers des Innern so lange in Berlin nöthig war, als eben die Entscheidung in Berlin lag, also zur Zeit des Landtages nicht bloß, sondern auch der Verabredung mit den Vertrauensmännern aus Ostpreußen, jetzt aber, wo Entscheidungen getroffen werden, deren Ausführung in Königsberg zu erfolgen hat, wird daher in richtiger Würdigung der Verhältnisse seine Stellung vorübergehend in Königsberg sein. Es gehört ein nur geringer Grad von Ueberlegung dazu, um zu dieser Erkenntniß zu kommen, aber es ist auch das Maß von Unverstand, das die „Magdeb. Ztg.“ bekundet, nöthig, um selbst die Reise des Ministers nach Ostpreußen zu einem plumpen Angriff zu mißbrauchen. — Von Seiten des Marine-Departements des norddeutschen Bundes ist zur Theilnahme an der Versammlung des deutschen nautischen Vereins, der sich die Förderung aller Interessen des deutschen Seewesens zur Aufgabe gestellt, der Korvettenkapitän a. D. Döberig zu Gesandtem bestimmt worden.

Berlin, 13. März. Sr. Maj. der König empfing gestern Vormittags den Prinzen August von Württemberg, den General Grafen v. d. Goltz, den Kommandeur des 1. Garde-Dräger-Regiments Oberst v. Wyner und den Kommandeur des 2. Garde-Regiments z. F. Oberst Graf Canitz, welche Soldaten in neuen Uniformstücken vorstellten, arbeitete dann mehrere Stunden mit dem General v. Pöblich, dem Chef des Militärabtheilungs v. Tressow

und dem Chef des Ingenieurcorps v. Ramede, und hatte nach einer Ausfahrt eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. Abends 1/10 Uhr fand im königlichen Palais eine musikalisch-dramatische Abend-Unterhaltung statt, zu welcher geladen waren die Prinzen und Prinzessinnen, der Prinz Napoleon mit Gefolge, die hier anwesenden fürstlichen Personen, Mitglieder des diplomatischen Korps, der Ministerpräsident Graf Bismarck mit Gemahlin und Tochter, mehrere Generale und andere hochgestellte Personen. Unter Leitung des Hofkapellmeisters Taubert trugen Fräulein Artôt und Frau Lucca zunächst einige Gesang-Pièces vor, und daran schloß sich die Aufführung von „La pluie et le beau temps.“

— Sr. Kais. Hoh. der Prinz Napoleon besuchte gestern in Begleitung seines Gefolges und des Herrn v. Lesdore-Behaine die Vorzügliche Maschinenbau-Anstalt, so wie die Gewächshäuser. Der Geh. Kommerzienrath Vorkß empfing und führte den Prinzen persönlich. Später besuchte der Prinz das Zellengefängniß. Zum Diner war der Prinz bei Sr. K. Hoh. dem Prinzen Karl und Abends in der Soirée bei dem Grafen Redern. Heute giebt Graf Bismarck zu Ehren des Prinzen ein Diner. Die Abreise ist noch nicht fest bestimmt; frühestens erfolgt sie Sonnabend. Der Prinz wird von hier nach Paris zurückkehren und Nachtquartier in Effen nehmen, um das Krappische Etablissement zu besuchen.

— Die diesjährige Feier des Geburtstags des Königs wird bei der Armee in besonders feierlicher Weise vor sich gehen. In allen preussischen Garnisonen des norddeutschen Bundesgebiets findet eine große militärische Revüe, Festgottesdienste und Paradeauffstellung der Truppen statt. Ueberall, wo sich Artillerie befindet, giebt dieselbe zur Zeit der Parolenausgabe 101 Salutgeschüsse. Hieran schließen sich Festmahle für die Offiziere und Mannschaften.

— An Stelle des Geh. Ober-Regierungsraths Ed. ist der „Karl. Ztg.“ zufolge der Geh. Regierungsrath Herzog als Rgl. preussischer Bevollmächtigter bei der Rheinschiffahrts-Centralkommission getreten.

— Wie jetzt verlautet, würde die neue Rathsstelle im Ministerium des Innern dem Geh. Regierungsrath Woblers verliehen werden.

— Wie wir hören, sollen auch im Justizministerium einige der Hülfswörter zu vortragenden Räten ernannt werden.

— Der Post-Inspektor Serlo ist zum Post-Direktor ernannt und als Vorsteher des Eisenbahn-Postamts 18 (Ostbahn) in Berlin bestätigt worden.

— Wie wir hören, soll dem Reichstage demnächst ein Gesetz-Entwurf vorgelegt werden, betreffend die Einrichtung einer Ober-Rechnungskammer für den norddeutschen Bund. Dem Vernehmen nach wird sich dieser Entwurf dem früheren preussischen Regierungsentwurf über die Reformirung der preussischen Ober-Rechnungskammer im Wesentlichen anschließen.

— Unter dem Vorstehe des Generalmajor v. Schömbel sind die Kommissionsberatungen im Kriegsministerium zur Begutachtung und Prüfung einer neuen Militärerziehungsinstruktion für den norddeutschen Bund gegenwärtig zu Ende geführt. Die neuen Bestimmungen sollen nach erlangter Gesetzeskraft schon für die nächste Rekrutenaushebung als maßgebend erachtet werden.

— In Wiesbaden soll mit Beginn des nächsten Quartals unter dem Titel „Volkzeitung für Nassau“ eine neue Zeitung erscheinen, welche für die liberale Partei wirken wird.

— Das „Journal de Genève“ kommt nochmals auf die Angelegenheit der hannoverschen Flüchtlinge zurück. Nachdem die einzelnen Thatfachen, einschließlich der bekannten Depesche an den Grafen Platen, zusammengestellt sind, heißt es dort: „Die Hannoveraner haben ihr Möglichstes gethan, die in unserm Lande genossene Gastfreundschaft damit zu bezahlen, daß sie Schwierigkeiten zwischen der Schweiz, Preußen und Oesterreich hervorriefen; glücklicherweise sind ihre Wühlereien zu diesem Zweck gescheitert. Das Benehmen der Vertreter Preußens und Oesterreichs zu Bern in dieser ganzen Angelegenheit ist völlig tadellos. Was den preussischen Gesandten anbetrifft, so wissen wir, daß er mehr als einmal die Gründe zu interveniren gehabt hätte, hinsichtlich der Provokationen, welche von den Hannoveranern selbst an ihn gerichtet wurden, besonders als diese in der Zahl von 80 in einer einzigen Kaserne zu Zürich konzentriert waren; allein da er die wahre Lage des Bundesraths sehr wohl begriff, so hat Hr. v. Röder es beharrlich unterlassen, diesem irgendwelche Bemerkung in dieser Beziehung zu machen. Hinsichtlich des österreichischen Geschäftsträgers, Hr. Zulauf, heben wir hervor, daß die ganze Angelegenheit der österreichischen Pässe in Wien verhandelt wurde, ohne daß er Kenntniß davon hatte; und als die Regierung von Zug diese Pässe nicht als genügende Ausweiskristen anerkennen wollte, weigerte sich Hr. Zulauf seinerseits, diplomatisch zu interveniren, um diese Papiere legalisiren zu lassen. Und indem er so handelte, sind wir überzeugt, daß dieser ehrenwerthe Diplomat seiner Regierung einen Dienst geleistet hat.“

— Auch in diesem Jahre werden die Vermessungen und Pellungen an der Nordseeküste fortgesetzt und wahrscheinlich von der Küste der Elbherzogthümer auch auf die ehemals hannoversche und oldenburgische Küste ausgedehnt werden, das bekanntlich nach dem neuen Nord-Ostsee-Kanal-Projekt zu einer Marinestation bestimmt ist. Die Hafenarbeiten an der Jade hofft man in diesem Jahre in der Hauptsache zu Ende zu führen.

— Zu Anfang dieser Woche beriet der Landtag des Großherzogthums Sachsen-Weimar einen aus seiner Mitte hervorgegangenen Antrag über die Stellvertretungskosten der in den Landtag gewählten Beamten. Nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen hatte der Beamte seinen Stellvertreter selbst zu honoriren; in der Praxis aber war diese Bestimmung sehr ungleich gehandhabt und sie eigentlich nur den Lehrern und Subalternbeamten fühlbar

geworden. In Folge dessen hat der Landtag nunmehr beschlossen, daß jedem Beamten für die Dauer seiner Thätigkeit im Landtag ein Drittel seines Gehaltes abgezogen werden soll — eine Bestimmung, die jedenfalls auch zu einer Verringerung der Zahl der Beamten im Landtag führen wird, ein Resultat, das von günstiger Bedeutung insofern sein dürfte, als es nicht unwesentlich dazu beitragen wird, die gebildeten Klassen der Bevölkerung zu regerer Theilnahme am öffentlichen Leben zu bewegen und eine gesunde Selbstverwaltung vorzubereiten. Der Schluß des Landtags steht in nächster Woche zu erwarten.

— In München soll die Gründung zweier neuer partikulärer Zeitungen bevorstehen.

— Als Ueberschuß des ersten Subskriptionsballes gingen den Nothleidenden in Ostpreußen 2000 Thaler zu; der zweite Ball lieferte für die Berliner Armen einen Ueberschuß von etwa 1500 Thaler.

Kiel, 11. März. Die Arbeiten an dem großen Marine-Etablissement für die norddeutsche Kreuzflotte dürften in nicht langer Frist begonnen werden. Seit einigen Tagen ist die durch die Regierung bestellte Kommission, welche die Expropriation der in Betracht kommenden Ländereien zwischen Ellerbek und Wilhelmshöhe ausführen soll, an Ort und Stelle zusammengetreten. Technischer Leiter derselben ist der Oberwege-Inspektor Jessen aus Ipehoe, neben welchem der Oberbeamte des Klosters Preetz, zu dessen Gebiet das zu exproprirende Areal gehört, mit der Angelegenheit beauftragt ist.

Salzwedel, 10. März. Dem „M. E.“ wird Folgendes mitgetheilt: Wenn noch jüngst die Ausführung der Berlin-Lehrter Bahn, sowie der Zweigbahn von Stendal über Salzwedel nach Uelzen oder Lüneburg in Zweifel gezogen wurde, so dürften denn doch nun alle Zweifel schwinden müssen, da dem Vernehmen nach in diesen Tagen eine Kommission die Bahnlinie von hier nach Stendal bereisen wird und mit der Erwerbung der Grundstücke vorgegangen werden soll.

Wiesbaden, 10. März. Gestern hat sich eine aus fünf Mitgliedern bestehende Deputation von hier nach Frankfurt begeben, um dem Herzog Adolf von Nassau eine mit nahezu 500 Unterschriften versehene Theilnahme- und resp. Gratulations-Adresse (zu seiner Erholung von den Folgen seines Sturzes) zu überreichen. Der Herzog lag jedoch unwohl an einer Erkältung zu Bette, weshalb gerade drei Aerzte zur Konsultation versammelt waren, und konnte die Deputation nicht empfangen. Die Deputirten wurden dann von der Herzogin zu längerer, freundlicher Unterhaltung empfangen.

Leipzig, 10. März. Gestern sind die beiden letzten preussischen Soldaten, welche noch von der Kriegszeit her wegen Krankheit hier verpflegt wurden, aus dem Lazareth entlassen worden und in ihre Heimath Frankfurt zurückgekehrt.

Karlsruhe, 10. März. In den letzten Wochen haben drei oder vier Beschlagnahmen von Blättern ultramontan-extremer Richtung stattgefunden.

Stuttgart, 10. März. (N. N. Z.) Die Chancen für die Zollparlaments-Kandidaten der deutschen Partei werden in manchen Bezirken dadurch sehr günstig, daß nun auch die Volkspartei besondere Kandidaten aufstellt, wodurch den Kandidaten der Ultramontanen und Liberalen wieder Stimmen entzogen werden. So in dem Bezirk Geislingen Heidenheim, wo dem national-liberalen Kandidaten Römer nunmehr außer dem ultramontanen Grafen Reckberg noch der radikale Advokat Freiesleben von Heidenheim als Kandidat der Volkspartei entgegentritt. Hatte Herr Römer schon vorher günstige Aussichten, so haben sich dieselben durch diese neue Kandidatur noch verbessert, denn nicht ihm, sondern dem Grafen Reckberg werden dadurch Stimmen verloren gehen. Morgen wird die deutsche Partei die Namen der offiziell von ihr aufgestellten und unterstützten Kandidaten bekannt geben, um für ihre Anhänger auf dem Lande draußen die Agitation völlig klar zu machen. Wir haben nun noch 13 Tage Frist bis zu der Wahl, und gerade auf diese letzte Zeit glaubte die deutsche Partei ihre Hauptagitation verlegen zu müssen, da in Folge der Hinausschiebung des Termins ein zu frühes ins Zeug Gehen leicht eine Erschlaffung für die letzten entscheidenden Tage zur Folge gehabt hätte. Den Hauptwerth legt die nationale Partei natürlich auf den Ausfall der Stuttgarter Wahl, und sie hat bis jetzt keinen Grund, an ihrem Siege zu zweifeln. Der Gegen-Kandidat des Herrn Gustav Müller, Antikfabrikant Knoepf, ist bis jetzt in den politischen Kämpfen noch nirgends hervorgetreten. Jetzt bekennt er sich entschieden zu den Grundsätzen der liberalen Partei und findet namentlich von Seiten der Behörden rege Unterstützung. Soweit nun eine solche in loyaler Weise stattfindet, läßt sich natürlich nichts dagegen einwenden, wir aber können nicht unterlassen, unser Erstaunen darüber auszudrücken, daß eilige übereifrige Postbeamte in Landstädten, sicher wider Wissen und Willen der Regierung, ihr Amt dazu benutzen zu müssen glaubten, auf die Wahl bezügliche Kreuzbandendungen der deutschen Partei Tage lang zurückzubehalten, und dadurch für ihren Zweck völlig wertlos zu machen. So begegnete es dem Herrn Eduard Pfelffer, der im Wahlkreis Ulm als nationaler Kandidat dem Herrn Professor Schäffle gegenüber auftritt, daß eine derartige Sendung, die Einladung zu einer Versammlung betreffend, nach einem nur zwei Meilen entfernten Orte 48 Stunden auf dem Postbureau des letzteren Ortes liegen blieb und dann erst ausgegeben wurde, als es zu spät war. Herr Pfelffer hat gegen ein solches Verfahren die geeigneten Schritte eingeleitet, und wir zweifeln keinen Augenblick, daß die Regierung der Wiederholung ähnlicher Fälle, deren wir noch mehrere aufzählen könnten, vorbeugen wird. Völlig unbegreiflich ist das Verhalten der ultramontanen Partei. Man

